

lichen letzten Ergebnis führen. Wir beklagen lebhaft, daß die linke Seite des Hauses, nachdem sie im letzten Landtage in diesem Punkte noch auf unserer Seite gestanden hat, uns in dieser Frage jetzt zu verlassen gedenkt. Das kann uns aber nicht abhalten, in der gegenwärtigen Frage dasjenige auch ferner zu thun, was wir als im Interesse der Sache liegend und richtig anerkennen.

Meine Herren! Ueberblicken Sie zunächst einmal vom allgemeinen Standpunkte aus die Bestrebungen, die hier in Frage sind! Sie richten sich auf nichts Geringeres als darauf, einen der werthvollsten Bestandtheile der Gesellschaft, einen Theil der Gesellschaft ferner zu stützen und gegenüber allen Angriffen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung zu erhalten, der für das Wohl des gesammten Staates und sein ferneres Gedeihen, wie auch von der Regierung anerkannt worden, von der größten und weittragendsten Bedeutung ist, auf nichts Geringeres als darauf, einen Theil unseres Mittelstandes in seiner Existenz und Konkurrenzfähigkeit zu unterstützen und zu fördern.

Diese Bestrebungen aber sind nicht bloß in Sachsen aufgetreten, Sie sehen vielmehr aus dem Berichte, daß auch in Württemberg, ferner in unserem großen Nachbarstaate Preußen und auch in Bayern ähnliche Bestrebungen auftreten. Aber nicht bloß in Deutschland, sondern auch in Frankreich werden solche Bestrebungen schon seit einer langen Reihe von Jahren mit mehr oder weniger Erfolg betrieben.

Meine Herren! Da muß man sich denn doch sagen, daß, wenn sich Bestrebungen in so weiten Kreisen geltend machen, von so weiten Kreisen anerkannt sind, doch nicht die ersten besten Argumente hinreichen können, um diese Bestrebungen über Bord zu werfen und diesen Bestrebungen nun untreu zu werden. Wir stehen nach wie vor auf dieser Seite des Hauses auf dem Standpunkte, zu meinen, daß es sich bei der Unterhaltung und Förderung unseres gewerblichen Mittelstandes um eine der bedeutendsten Fragen der Gegenwart handelt und daß wir keine Mühe scheuen, daß wir vor keiner Schwierigkeit zurückschrecken dürfen, wenn es gilt, diese Frage in einer Weise zu lösen, wie sie für die Gesamtheit gedeihlich ist.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, sind ja sehr viele Gründe und Momente in der gegenwärtigen Denkschrift zusammengetragen und niedergelegt, die manchen vielleicht für die Zukunft von seinen Bestrebungen auf diesem Gebiete abschrecken können. Ich werde auf diese Einzelheiten, wenn auch nur im allgemeinen, später eingehen.

Ein Punkt ist es aber, der zwar in dieser Denkschrift nicht ausdrücklich hervorgehoben ist, aber meines Erachtens vielleicht die allerbedeutendste Rolle, wenn schon nur zwischen den Zeilen, mitspielt, und das ist der Umstand, ist das Gefühl, daß man möglicherweise mit der gegenwärtigen Maßnahme der Besteuerung der Großbetriebe dem naturgemäßen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß durch künstliche und deshalb nicht berechnete Mittel entgegentritt. Meine Herren! Es ist in weiten Kreisen auch gegenwärtig noch die Ansicht leider nur zu verbreitet, daß als natürliche Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse diejenige anzusehen sei, die sich vollzieht rein nach dem freien Spiele der Kräfte, die sich also vollzieht, ohne daß der Gesetzgeber, ohne daß der Staat seinerseits in die Bewegung eingreift. Ich gebe zu, es entspricht dem natürlichen Gefühl, daß man eine solche Auffassung als die richtige ansieht und sie zu befolgen sucht, aber dennoch — das behaupte ich — ist sie nicht richtig, diese Ansicht, sie ist im letzten Grunde vielmehr nichts anderes als jene als manchesterlich zu bezeichnende Auffassung von dem freien Spiele der Kräfte, von dem man alle möglichen und unmöglichen Wunder für die wirtschaftliche Entwicklung erhofft. Nun wissen wir aber doch zu genau, daß diese Ansicht auf so vielen Gebieten schon kläglich Schiffbruch gelitten hat, daß sie eine innerlich ganz unhaltbare und unberechtigte ist. Wie gesagt, diese Ansicht ist außerordentlich bestechend, und wir wissen, daß sie namentlich in der Mitte der 50er Jahre die Welt fortgerissen hat, zu glauben, daß, wenn man den Kräften nur freien Spielraum läßt, Wunder auf sozialpolitischem Gebiete geschehen werden. Gewiß hat diese Freiheit auch zu großen Errungenschaften geführt, aber die Erfahrung hat auch bewiesen, daß man dieses Spiel der Kräfte durchaus nicht vollständig frei und unbehindert schalten lassen darf, wenn nicht diejenigen Errungenschaften, die auf der einen Seite gewonnen worden, auf der anderen Seite wieder verloren gehen sollen. Meine Herren! Ich habe kein besseres Beispiel, um Ihnen das klar zu machen, wie diese Erkenntnis schon in die weitesten Kreise der Volksschichten eingedrungen ist, als daß ich Sie hinweise auf die große soziale Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte. Sehen Sie sich den Grundgedanken, der dieser Gesetzgebung eigen ist, einmal näher an! Auf den ersten Blick könnte es ja befremdlich, könnte es als ganz unhaltbar, könnte es als ein durch nichts zu rechtfertigender Eingriff in die freie Selbstbestimmung erscheinen, daß man einem Arbeiter verbietet, über eine